

XXIV. GP.-NR

1501/J

27. März 2009

ANFRAGE

der Abgeordneten Hagen, Schenk,
Kollegin und Kollegen

an die Bundesminister für Finanzen
betreffend **Autobahn-Zollamt Hörbranz**

Mit dem Beitritt Österreichs zum Schengenvertrag wurde die Grenzüberwachung zu Deutschland aufgehoben. Seit diesem Zeitpunkt liegen die Grundstücke von rund 120.000 m² auf dem ehemaligen Autobahn-Zollamt Hörbranz ungenutzt brach. Lediglich einige kleinere Geschäfte befinden sich in den Gebäuden. Lösungen zur besseren Nutzung der Gebäude und Grundstücke wurden aber aus verschiedensten Gründen immer wieder abgelehnt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

Anfrage:

1. Ist es richtig, dass Gespräche über neue Nutzungsmöglichkeiten des Autobahn-Zollamtes Hörbranz und die brach liegender Grundstücke stattgefunden haben?
2. Wann und von wem wurden diesbezügliche Gespräche geführt?
3. Wurden bzw. werden Planungen über eine neue Verwendung der Grundstücke samt Gebäuden durchgeführt?
4. Wann und von wem wurden bzw. sind die Planungsarbeiten für dieses Projekt beschlossen worden?
5. Welche Maßnahmen wurden bzw. werden für eine neue Verwendung dieser Grundstücke samt Gebäude getroffen?
6. Wann wird der voraussichtliche Baubeginn dieses Projektes stattfinden?
7. Wann ist die Fertigstellung dieses Projektes geplant?
8. Welche Nutzung ist bei der betreffenden Liegenschaft laut Flächenwidmungsplan vorgesehen?
9. Welche Kosten sind für dieses Projekt bereits entstanden?
10. Welche Gesamtkosten sind für dieses Projekt veranschlagt?
11. Wie werden die Kosten für die Planung und Durchführung dieses Projektes jeweils aufgeteilt?

Wien, am 17.03.2009

